



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 313314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 25.11.2010

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit
am Dienstag, 30. November 2010, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift

2. **10-A-20-0003**

Erneuerung des Wasserwerkes Schierstein

Frau Dipl.-Ing. Elisabeth Jreisat, HESSENWASSER GMBH & CO. KG berichtet.

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden Vertreter/Vertreterinnen des Ortsbeirates Schierstein anwesend sein.

3. **10-F-02-0043**

Wildunfälle

Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 18.11.2010

Die Zahl der Wildunfälle in Hessen nimmt entgegen dem deutschlandweiten Trend zu. Ursache hierfür ist, dass das Bundesland fast vollständig mit Mittelgebirgen und Wäldern durchzogen ist. Auch die Randgebiete der Landeshauptstadt sind durch dichte Wälder begrenzt. Der Taunuskamm gilt ebenfalls als wildreiches Gebiet.

Der Magistrat wird daher gebeten zu berichten,

- Wie viele Wildunfälle 2009 und im laufenden Jahr innerhalb des Stadtgebiets von Wiesbaden vorgefallen sind.
- Ob besondere Unfallschwerpunkte bekannt sind.
- Wie von Seiten der Stadt gegen Wildunfällen vorgegangen wird.
- Ob Probleme mit einer bestimmten Sorte Wild vorliegen.
- Ob Erfahrungen mit so genannten Duftzäunen und Wildwahnreflektoren vorliegen.

4. 10-F-02-0044

Feuerwehrkontrollfahrten

Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 18.11.2010

Immer wieder kommt es bei Einsätzen von Feuerwehr und Rettungsdiensten zu gefährlichen Situationen, da parkende Autos die Lösch- und Notarztfahrzeuge behindern und die Einsatzkräfte nur unter großer Verzögerung ihr Ziel erreichen. Daher führen die Brandschützer zusammen mit den Mitarbeitern der Verkehrsüberwachung Kontrollfahrten durch. Hierdurch sollen Autofahrer sensibilisiert werden.

Der Magistrat wird daher gebeten zu berichten,

- Wie oft diese Kontrollfahrten stattfinden.
- Welche Schwerpunkte hierbei angefahren werden.
Welche Probleme hierbei vorliegen.
- Ob die Sensibilisierung der Autofahrer auch durch mediale Begleitung erfolgt.

5. 10-F-02-0046

F-500 Multifunktionslöschmittelzusatz

Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 18.11.2010

Bei einer Feuerwehrvorführung am 12.11.2010 in Eltville wurde zahlreichen Politik- und Feuerwehrgästen das Leistungsvermögen des F-500 Multifunktionslöschmittelzusatz demonstriert. Mit diesem Zusatz ist ein Feuer wesentlich schneller zu löschen und das bei viel geringerem Wasserverbrauch. Die Substanz wirkt dabei als Emulgator, der in der Lage ist, nicht mischbare Flüssigkeiten in eine Emulsion umzuwandeln. Im Gegensatz zu anderen Löschmitteln und deren Zusätze ist F-500 weder giftig noch gesundheitsschädigend und dient als aktiver Arbeitsschutz der Feuerwehr.

Der Magistrat wird daher gebeten zu berichten,

- Ob bei der Feuerwehr der Landeshauptstadt Wiesbaden Erfahrungen mit diesen Mittel vorliegen.
- Ob hiermit Feldversuche stattgefunden haben und mit welchem Ergebnis.
- Ob dies für einen routinemäßigen Gebrauch geeignet ist.
- Ob dies die Kosten eines Einsatzes senkt oder erhöht.

6. 10-F-02-0048

Atemschutz

Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 23.11.2010

Atemschutz ist eine persönliche Schutzausrüstung, die den Träger vor gesundheitsschädlichen Staubpartikeln und Umweltgiften schützen soll. Die dazu verwendete Ausrüstung wird als Atemschutzgerät bezeichnet. Haupteinsatzgebiet von Atemschutzgeräten ist der Bereich des Arbeitsschutzes. Grundsätzlich sollen Atemschutzgeräte den Träger vor allen schädlichen Umwelteinflüssen schützen, die über Mund oder Nase aufgenommen werden könnten und die die zugelassene Raumkonzentration überschreiten.

Der Magistrat wird daher gebeten zu berichten,

ob und in welchem Umfang die städtischen Angestellten, die mit relevantem Gerät, wie etwa Laubbläsern, Kettensägen oder Ähnlichem arbeiten, mit adäquatem Atemschutz ausgestattet sind.

Sollte dies nicht der Fall sein, möge der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit beschließen,

- dass die betroffenen Personen, um sie vor daraus resultierenden Gesundheitsgefahren zu schützen, umgehend mit entsprechendem, zertifiziertem Atemschutz auszustatten sind.
- Auch soll Sorge dafür getragen werden, dass die über die Notwendigkeit der Nutzung eines Atemschutzes unterwiesen werden und diese in angemessenen Abständen kontrolliert wird ebenso die Zuverlässigkeit seiner Funktion nach längerem Trage überprüft wird.

7. 10-F-02-0045

Alkohol an Stadtplätzen

Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 18.11.2010

Ausgehen von dem Alkoholverbot am Platz der Deutschen Einheit und der aus der Verdrängen der Rezipienten resultierenden Verlagerung an andere Stadtplätze, kommt es zu vermehrten Bürgerbeschwerden.

Der Magistrat wird daher gebeten zu berichten,

- Zu welchen Plätzen sich dies verlagert hat.
- Welcher Platz besonders betroffen ist.
- Welche Maßnahmen erforderlich sind, um dieses Problem zu lösen.

8. 10-F-02-0049

Hunde in Wiesbaden

Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 23.11.2010

Der Magistrat möge berichten,

- - wie und in welchem Umfang Kontrollen bezüglich Ordnungswidrigkeiten (Nicht-Anleinen eines Hundes, Unterlassen der Kot-Beseitigung, Nicht-Anmeldung eines (Kampf-)Hundes) durchgeführt werden.
- - über die Zahl der in Wiesbaden gemeldeten Hunde; der durchgeführten Kontrollen, insbesondere auch bez. der Kampfhunde: Entwicklung von Beißvorfällen in den letzten Jahren, Erlass von Auflagenverfügungen, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Halter- und Hundeeignungsprüfungen und Sicherstellung von gefährlichen Tieren.

9. 10-F-01-0103

Elektro-Tankstellen

Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.11.2010

Vorbemerkung:

„Der Verkehr verursacht eine Vielzahl von Luftschadstoffen und Treibhausgasen, die als Abgase ausgestoßen werden. Verbesserungen in der Fahrzeugtechnologie und in den Kraftstoffen konnten den Schadstoffausstoß bei den einzelnen Fahrzeugen erheblich verbessern. Das kontinuierlich wachsende Verkehrsaufkommen und die steigende Anzahl der gefahrenen Kilometer machen diese Erfolge - speziell bei den Treibhausgasen - jedoch zunichte“, so das Bundesumweltamt auf seiner Website „Schadstoffe“.

Eine Möglichkeit, die durch Fahrzeugabgase verursachte Klimabelastung zu mindern, besteht in der Möglichkeit, die Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren durch Hybrid- und Elektrofahrzeuge zu ersetzen - eine private Entscheidung, die durch keine rechtliche Auflage forciert werden kann. Möglich ist es aber, bei den Teilnehmern am Individualverkehr nach dem Grundsatz ‚Global denken, lokal handeln‘ Problembewusstsein zu fördern und allmähliche Bereitschaften zur Verhaltensänderung auszulösen.

Eine unverzichtbare infrastrukturelle Voraussetzung dafür ist es, eine hinreichende Anzahl an ‚Elektrotankstellen‘, sprich Ladestationen verfügbar zu haben, die von Strom gespeist werden, der exklusiv aus regenerativen Ressourcen erzeugt wurde. Damit wäre eine Grundlage geschaffen, im Sinne einer Schrittmacherfunktion den zukunftsorientierten Wandel hin zu umweltfreundlichen Fahrzeugen einzuleiten.

Für diejenigen, die sich bereits entschlossen haben, ein Elektrofahrzeug betreiben, ist das Angebot an Ladestationen in Wiesbaden ohnehin noch viel zu knapp.

Der Magistrat wird deshalb gebeten,

- die Voraussetzungen für Wiesbadens Einstieg in ein Netz von ‚Elektrotankstellen‘ zu schaffen und ein Konzept für eine zukünftig flächendeckende Versorgung zu entwickeln sowie
- dass ein Verzeichnis der Standorte aller Ladestationen erstellt und fortgeschrieben wird.

10. 10-F-03-0044

Bericht über Netzsituation

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2010

Mit Blick auf die Zukunft, die verstärkte Nutzung von Erneuerbaren Energien, wird die Frage nach der Regulierung der Strommenge und die Aufrechterhaltung der Netzstabilität bundesweit diskutiert. Durch die Nutzung der Erneuerbaren Energien und dezentrale Stromerzeugungsanlagen verändern sich die Stromeinspeisung und -abnahme, zeitliche und örtliche Divergenzen entstehen. Zur Aufrechterhaltung der Netzstabilität bedarf es eines Management aller Akteure am Strommarkt sowie Veränderungen am Übertragungsnetz. Die Deutsche Energieagentur berechnet eine Erweiterung des Stromleitungsnetzes von 22.000 km um weitere 3.500 km. Wiesbaden muss sich auf diesen Wandel einstellen und vorbereiten.

Daher möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- wie er das Problem der Strommengenregulierung bei Einspeisung von Erneuerbaren Energien bewertet und welchen Handlungsbedarf er für die Stadt Wiesbaden sieht.
- in wieweit die lokalen Netzbetreiber, bspw. ESWE Versorgung, Maßnahmen treffen, um auf die zukünftigen Situationen reagieren zu können.

11. 10-F-03-0045

Trinkwasserversorgung in Wiesbaden

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2010

Zuletzt im Sommer dieses Jahres haben die Stadtverordneten und die Öffentlichkeit Informationen zur geplanten Umrüstung und Verkleinerung des Wasserwerks Schierstein und dem Bau einer Versorgungsleitung über die Rheinsohle zwischen der Petersaue und dem Wasserwerk Schierstein erhalten.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- die Planungen für die Umrüstung und Verkleinerung des Wasserwerks Schierstein und die Versorgungsleitung von der Petersaue sowie die Auswirkungen auf die Wasserversorgung in Wiesbaden vorzustellen. Insbesondere ist darzulegen ob und in welcher Form die reibungslose Zusammenarbeit mit den Mainzer Stadtwerken - und damit die Versorgung der Wiesbadener mit Trinkwasser von der Petersaue - gesichert ist?
- zu berichten, ob das Gesamtgelände, insbesondere das Feuchtbiotop am Wasserwerk Schierstein auch nach dem Neubau gesichert bleibt?

Es ist beabsichtigt Tagesordnungspunkt 11 gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 2 zu beraten.

12. **10-V-36-0023** **DL 39/10-4**

Klimaschutzbericht - Klimabilanz 1987 bis 2008

13. **10-V-64-0002** **DL 39/10-7**

Projekt " Ausbau Energiemanagement bei der Landeshauptstadt Wiesbaden " ;
Erfahrungsbericht

14. **10-V-36-0001** **DL 39/10-3**

Umsetzung des Projektes "Hochwasserschutz und Gewässerentwicklung am Wickerbach in
Delkenheim, Bauphase 3"

15. **10-V-07-0009** **DL 39/10-1**

Änderung der Ortssatzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen im Gebiet der
Landeshauptstadt Wiesbaden (Straßenreinigungssatzung)

16. **10-F-01-0002**

Winterdienst / Straßenreinigungssatzung
Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0148 vom 24.08.2010

ANLAGE

17. **10-F-03-0022**

Ausbau der Goerdelerstraße
Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0186 vom 26.10.2010

ANLAGE

18. **10-V-61-0023** **DL 41/10-11**

Bebauungsplanentwurf "Bestattungswald Frauenstein" im Ortsbezirk Frauenstein
- Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die öffentliche Auslegung -

Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 30.11.2010

- 19. 10-V-61-0033** **DL 41/10-12**
- Bebauungsplan "Komponistenviertel" im Ortsbezirk Nordost - Satzungsbeschluss -
Teilaufhebung und Aufhebung von Fluchtlinienplänen, Bebauungsplänen nach dem Hessischen
Aufbaugesetz (HAG) und Bebauungsplänen im Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfs
"Komponistenviertel" - Satzungsbeschluss
- 20. 10-V-61-0040** **DL 40/10-9**
- Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre im Geltungsbereich des
Bebauungsplanentwurfes
" Hafenweg " im Ortsbezirk Wiesbaden-Schierstein
- 21. 10-V-61-0043** **DL 40/10-10**
- Bebauungsplan "Platz der Deutschen Einheit" im Ortsbezirk Westend/Bleichstraße -
Satzungsbeschluss
Aufhebung der Fluchtlinienpläne Wiesbaden 1913/5 und 1928/8 - Satzungsbeschluss
Aufhebung des Bebauungsplanes Wiesbaden 1974/2 - Satzungsbeschluss
- 22. 10-V-61-0045** **DL 41/10-13**
- Vorhabenbezogener Bebauungsplan " Biomasse Heizkraftwerk " im Ortsbezirk Biebrich
- Satzungsbeschluss -
- 23.** Aktuelles aus dem Magistrat
- 24.** Verschiedenes

Tagesordnung II

- 1. 10-F-01-0067**
- Umweltladen: Öffnungszeiten
Bericht des Magistrats
- ANLAGE**
- 2. 10-V-05-0003** **DL 40/10-2**
- Kampagne "Fleischfreier Donnerstag " in der Stadt Wiesbaden
- 3. 10-V-20-0054** **DL 41/10-2**
- Investitionscontrolling 3. Quartal 2010

4. **10-V-36-0024** **DL 39/10-1 NÖ**
Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 30.09.2010
5. **10-V-36-0028** **DL 40/10-2 NÖ**
Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 28.10.2010
6. **10-V-70-0005** **DL 39/10-8**
Jahresabschluss 2009 der ELW-Feststellung des Jahresabschlusses; Ergebnisverwendung
7. **10-V-70-0006** **DL 39/10-9**
Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden für das Wirtschaftsjahr 2010
8. **10-V-70-0007** **DL 39/10-10**
Rückstellungsbedarf der Deponie Dyckerhoffbruch
9. **10-V-70-0008** **DL 39/10-11**
Integration des Thermalbauhofes der ELW in den Eigenbetrieb Mattiaqua
10. **10-V-04-0012** **DL 42/10**
Konzept Aartalbahn

Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 30.11.2010

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Schuchalter-Eicke
Vorsitzende